

Fragen des Chefredakteurs Thomas Reunert vom Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung (IKZ) an Jörg H. Trauboth zum Krisenmanagement in der Corona-Krise.

Braucht es in einer Krisensituation wie der vorliegenden den Erlöser und Macher oder kann die Lösung nur in der Dynamik und Leistungskraft der großen gemeinsamen Ansätze liegen?

Zunächst eine Vorbemerkung, mit der ich das Thema zugleich entschärfen möchte. Das einzige Kriterium wodurch sich Sars-CoV-2 Erkrankte von anderen Virenerkrankten unterscheiden ist nicht die Zahl der potenziellen Infizierten oder Toten, sondern der Befall der Lunge mit schlimmstenfalls tödlichen Ausgang oder bleibenden Schäden. Lungenbeatmungsgeräte in ausreichender Zahl mit Fachpersonal bereitzustellen ist somit aktuell die Krisenmanagementaufgabe Nummer Eins. Wenn das nicht gelingt, werden Bilder über Massenabtransporten von Leichen wie in Italien, Spanien und in den USA auch bei uns zu sehen sein und die Bevölkerung zusätzlich in Angst und Schrecken versetzen. Alle anderen Krisen-Maßnahmen sind eher nachrangig und dienen nur dem primären Zweck, die notwendige Zeit einzukaufen, bis die Krankenhäuser auf den Ansturm vorbereitet sind.

Die Krisenmanagementaufgabe in der Corona-Krise ist darüber hinaus gewaltig, denn sie umfasst alle unsere Lebensbereiche, vor allem die Versorgung. Solange diese sichergestellt ist, müssen wir auch nicht um die Innere Sicherheit fürchten.

Für die Lösung einer derartigen Gesundheitskrise, in der es wie nie zuvor um Leben und Tod vieler Menschen geht, gibt es keinen Erlöser. Aber sehr wohl sind Macher gefragt, die das Krisenmanagementhandwerk verstehen. In einigen Nationen werden durch diese Krise gerade Gesundheitsminister nach vorne gespült, die wie in Frankreich, Olivier Véran und Deutschland, Jens Spahn, einen durchaus akzeptablen Job machen, wenn man zudem berücksichtigt, dass Art und Umfang dieser Krise für alle Neuland und sie selbst politische Neuanfänger sind.

Um so wichtiger ist es, dass sich die Krisenmanager strikt an den bewährten Führungsprozess in der Krise halten:

1. Situation in allen Facetten analysieren.
2. Die Faktoren und möglichen Szenarien bewerten.
3. Ziele setzen, was jetzt und in Zukunft wirklich wichtig ist und
4. Entscheidungen treffen.

Im internationalen Krisenmanagement nennt man das: Situation Analysis – Assessment – Objectives – Conclusions. Ich darf das erwähnen, weil ich im Krisenmanagement auf Bund- und Länderebene zu viele unterschiedliche Bewertungen und Entscheidungen sehe. Auch und besonders in der Krise gilt: Tue Gutes und sprich darüber. Wünschenswert wäre, wenn von der Politik in diesen schweren Zeiten ehrlich gesagt würde, dass

- *es vorrangiges Ziel bei den Ausgehverboten ist, Zeit zu gewinnen, damit eine maximale Anzahl von Betten mit Lungenbeatmungsmaschinen und dem Fachpersonal bereitgestellt werden kann*
- *dass dies voraussichtlich bis zum Zeitpunkt X geschafft werden kann.*
- *danach die Einschränkungen weitgehend gelockert werden*

- *sodann eine breite Infektionswelle in Kauf genommen wird, die unser Gesundheitssystem aber dank unserer Prävention bestmöglich beherrschen wird.*
- *ab dem Zeitpunkt X damit gerechnet werden, dass wir mit der Epidemie in Deutschland durch sind und*
- *bis zum Zeitpunkt X ein Impfstoff mit hoher Wahrscheinlichkeit bereitsteht.*

Doch selbst, wenn wir diesen mutigen politischen Kommunikator hätten, diese Deutschland-Krise kann nicht wie eine Unternehmenskrise aus einer Hand gemanaged werden. Denn was in Berlin empfohlen wird muss in den 16 Bundesländern umgesetzt werden. Wie unterschiedlich das gehandhabt wird, lesen wir jeden Tag aufs Neue. Die Menschen erleben dadurch verschiedenen Wahrheiten. Das ohnehin geringe Vertrauen der Deutschen in die Politik wird durch diese verwirrende Krisenpolitik weiter beschädigt.

Gleichwohl bin ich beeindruckt, welche Durchführungsstandards in unserem föderalistischen System in der Corona-Krise insgesamt dennoch erreicht wurden, und wie sehr die sonst so rechtsempfindliche Bevölkerung mitmacht. Das Letztere ist nicht zuletzt der außergewöhnlich emphatischen Rede der Bundeskanzlerin vom 18. März 2020 geschuldet, die allerdings nicht mehr als bitten konnte, eben weil der Bund im Wesentlichen *nur* Geld zur Verfügung stellen kann aber sonst über fast keine Exekutivmöglichkeiten verfügt.

In der nationalen Notlage stehen die Menschen bekanntlich hinter den Regierenden und andere Themen weichen zurück. Die Abrechnung über die Effizienz der Krisenbewältigung kommt später. Dass das Infektionsschutzgesetz und auch die Notstandsgesetze überholt sind, wird uns bereits jetzt schmerzlich bewusst, wenn es zum Beispiel um den vielleicht notwendigen aber nicht erlaubten polizeiunterstützten Einsatz der Bundeswehr im Inneren geht. Eine derartige Krise hat das Potential, dass es zu schweren Unruhen im Inneren kommt, die die Polizei allein nicht mehr bewältigen kann. Die Hausaufgaben nach der Krise sind also nicht nur für die Unternehmen, sondern auch den Staat riesig.

Ist internationale Krisen-Kommunikation so offen wie möglich zu führen oder ist die Welt in diesen Zeiten gar nicht reif für eine offene Kommunikation?

Krisenmanagement ist in erster Linie Krisenkommunikation. Nicht ohne Grund sind die Unternehmenssprecher in der Krise die wichtigsten Menschen. Oft sind sie so wichtig, dass der Chef, wie bei Lufthansa, Carsten Spohr, selbst zum bewährten Sprecher in der Krise wird. In öffentlichen Krisen - schon gar nicht in Epidemie-Krisen - gelten allerdings andere Gesetze. Bei Corona leben wir in einer kommunikativen Welt nationaler und internationaler Meinungen, die kaum ausgesprochen in der Welt der Experten- und sonstigen Meinungen untergehen. Es gibt von der WHO bis hinunter in das kleinste Land keine einheitliche kommunikative Leitplanke. Mir scheint, dass die sozialen Medien und die Virologen die Krisenkommunikation unter sich aus machen. Die Folge in dem Kommunikationswirrwarr ist, dass diese Krise auch mediengemacht ist.

Den Menschen in der Corona-Krise geht es dabei gar nicht so sehr um das Fachwissen, sondern um die Bewältigung ihrer Angst, die medial mit jeder Chaos-Meldung, mit jeder neuen verwirrenden und widersprüchlichen Statistik verstärkt wird. Wir müssen uns eingestehen, dass wir derzeit keine überzeugenden Antworten in der Corona-Krise haben. Studien über regionale Infektionsentwicklungen helfen nicht wirklich weiter. Der Angstlöser wäre allein der richtige Impfschutz. Solange es ihn nicht gibt, bleibt das Thema eine Krise im Kopf des einzelnen. Da kann man noch so viel fachlich erklären.

In diesen diffusen Lebenssituationen suchen viele sich gern ihre eigenen Sicherheiten und Strukturen. Es entspricht offensichtlich dem Naturell der Menschen, dass in außergewöhnlichen Lagen, wenn Beweise nicht glasklar vorliegen, Verschwörungstheorien wie Pilze aus dem Boden schießen. Das aktuelle Beispiel ist die Theorie, dass das Virus gezielt im Labor gezüchtet wurde und wohlmöglich eine Bio-Waffe sei. Dabei ist wissenschaftlich unbestritten, dass sich SARS-CoV2 auf natürlichem Wege von Wildtieren zum Menschen weiterentwickelt hat. Die Corona-Verschwörungstheorien sind ein weiteres Beispiel dafür, wie wichtig eine zentrale nationale Krisenkommunikation wäre.

Würden Sie als Krisenmanager in diesen Tagen eher auf nationales, effektives Handeln setzen oder doch besser auf internationale Lösungsversuche?

Die Epidemie ist eine Zeit, in der jedes Land zunächst sich selbst schützt. Genau das geschieht derzeit und eher hilflos registriert durch die EU, die sich auf den Schutz der Außengrenzen konzentriert. Das Dichtmachen der Grenzen ist ohne Frage eine effektive Maßnahme in dieser Situation aber könnte zugleich der Sargnagel für die Schengen-ausgelegte Europäische Union sein. Die internationalen Lösungsversuche sind allenfalls im Bereich der Forschung und der gegenseitigen Hilfestellung wie bei Krankenflügen möglich. Aber wie schon in der Flüchtlingspolitik zeigt sich auch hier bei der Gier nach *DEM* Impfstoff, den Atemschutzmasken und den Beatmungsgeräten das *national first* einzelner Staaten. Und schlimmer, die Corona-Krise wird politisch missbraucht. Trump macht damit trotz unseliger Äußerungen und katastrophalem Krisenmanagement erfolgreich Innenpolitik als Team-Leader. Ungarns Regierungschef Orban nutzt die Corona-Krise, um den Rechtsstaat weiter außer Kraft zu setzen.

Die internationalen politischen Aufräumarbeiten werden enorm sein. Innenpolitisch haben wir dagegen gerade wenigstens eine Entwarnung. Die AFD kann mit der Krise aktuell nicht wirksam umgehen. Sie will auch keiner wirklich hören in einer Zeit, in der Wissenschaftler die Deutungshoheit übernommen haben und das Krisenmanagement der Regierenden von der Bevölkerung überwiegend befürwortet wird. Doch das Thema Grenzschießung und Abschottung ist für die Rechtspopulisten nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. Im Gegenteil, die Forderung nach Grenzschießungen hat durch die aktuelle Corona-Politik Rückenwind bekommen. Die Populisten im europäischen Parlament stehen bereits in den Startlöchern.

Krisenmanagement erfordert nach meiner Vorstellung in erster Linie auch einen ziemlich unbeugsamen „Mut zum Handeln“. Ist der in Deutschland oder eben auch in der Welt ausreichend ausgeprägt?

Deutschland ist traditionell ein politisch ängstliches Land, wenn es darum geht, internationale Verantwortung zu übernehmen. Wir erleben diese *German Angst* insbesondere in dieser Krise der NATO und der Europäischen Union. Zu lange haben wir es uns unter dem Schuttschirm der USA bequem gemacht und sind dabei ziemlich pazifistisch geworden. Inzwischen ist Berlin über die Jahre der Mut zum beherzten Handeln in der Sicherheitspolitik verloren gegangen. Die NATO braucht angesichts des unzuverlässigen US-Partners dringend eine Neubesinnung und Brüssel schaut fragend auf das zögerliche Deutschland, dem wirtschaftlich stärksten Land der EU. Ebenso fehlt nachhaltiges deutsches Handeln bei der Lösungssuche der Konflikte in Syrien, der Ostukraine und der Flüchtlingssituation in Griechenland. Doch Deutschland traut sich nicht genügend. Man überlässt in der dringenden Neuausrichtung Europas Macron lieber die Führung als selber mit nach vorne zu treten. Die völlig unmilitärische Corona-Krise wäre

geradezu ein perfektes Thema für die Bundesrepublik, mit Mut und Schwung international nach vorne zu gehen und internationale Kräfte zu bündeln. Doch auch hier verharrt Berlin auf dem Niveau von Schutzausrüstung, Erntehelfern und der Lösung verstopfter Grenzübergänge. So bleibt Corona wohl ein überwiegend nationales Thema und damit eine verpasste Chance für Europa und die Welt.

Wie kann man Menschen, die in ihrem Leben bisher weitgehend nur politischen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Egoismus kennengelernt haben, klar machen, dass „Teilen“ auf so ziemlich allen Ebenen der richtige Weg ist?

Ich hoffe, dass die Menschen nach der Corona-Krise nicht wieder in *business as usual* hinübergleiten. Wir erleben zurzeit eine Welle von nachbarschaftlicher Hilfsbereitschaft, Selbstreflexionen und diszipliniertem Sich-Zurück-Nehmen wie wir es in der Republik noch nicht gesehen haben.

Eltern lernen, wie wichtig eine funktionierende Schule ist und wie schwer es ist, Kinder acht Stunden zu Hause zu erziehen und zu bespielen, oft unter beengten Bedingungen. Unternehmen erkennen den Wert der Heimarbeit. Kinder lernen, wie wichtig die Großeltern sind. Der Staat entdeckt die Wichtigkeit der einfachen Leute im Gesundheitsdienst und in den Supermärkten. Die Konzerne, dass ein einziges Virus sie in nur drei Monaten zu Fall bringen kann.

Ja, wir müssen teilen, wenn wir überleben wollen. Nicht nur im Land, sondern international. Wenn wir wollen, dass Italien auch in Zukunft unsere Waren kaufen soll, dann müssen wir das europäisch schultern. Das Ausfliegen einiger an Corona erkrankten Italiener in unsere Krankenhäuser darf nicht als Alibi für europäische Solidarität herhalten.

Was in der Flüchtlingskrise galt wird in der Corona-Krise noch viel deutlicher. Wir sind individuell, als Land, als Europa und darüber hinaus verwundbar, wenn wir nicht endlich mit unserem Egoismus aufhören und uns als Menschenfamilie begreifen. Wenn wir wollen, dann wird die Corona-Krise unser gesellschaftliches Leben miteinander, die Wirtschaft und die Politik grundlegend ändern. Wir müssen den Paradigmenwechsel nur wollen.

Was sagen Sie zu dem Satz: Wer dauerhaft die Volkswirtschaft gegen die Volksgesundheit ausspielt, wird beides beschädigen?

Schon jetzt ist klar, dass unsere Wirtschaft nach der Epidemie eine andere sein wird. Der Bund und die Länder können noch so viel Geld in die Wirtschaft pumpen, das Sterben vieler kleinen Betriebe und der Ein-Mann-Betriebe ist bereits voll im Gange, und es wird Jahre dauern, bis die Wirtschaft sich wie auch immer erholt hat. Das Ifo- Institut kommt je nach Szenarien auf Schadenszahlen zwischen 250 und 730 Milliarden.

Die Volksgesundheit basiert auf einer funktionierenden Volkswirtschaft. Deswegen darf „Flatten the Curve“, nur eine zeitlich befristete Maßnahme sein. Ein Lock Down über Monate, würde das Industrieland Deutschland in einen Kollaps führen. Und dann? „Das Virus“, sagte gerade der Aufsichtsratsvorsitzende von Continental und Linde, Wolfgang Reitzle, „hat das Potenzial, unsere gesamte Wirtschaft umzupflügen. Deshalb darf dieser Shutdown nicht zu lange dauern.“ Reitzle plädiert dafür, dass die Wirtschaft spätestens ab 27. April wieder hochgefahren werden muss.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir schon Ende April für eine wirtschaftliche *recovery* bereit sind. Aber viel länger darf es auch nicht werden. Gleichzeitig bin ich mir darüber im Klaren,

dass die Inkaufnahme einer gezielten Selbstansteckung („Durchseuchung“) ethisch heikel und auch nur vertretbar ist, wenn in den Krankenhäusern die Ressourcen für die schweren Fälle bereitstehen. Der Zeitpunkt für das Hochfahren der Wirtschaft dürfte also die schwierigste Krisenmanagemententscheidung der nächsten Wochen sein. Ich vertraue hier auf die Bundesregierung, dass sie ausgewogen entscheidet, das heißt weder das Leben einzelner noch die Wirtschaft aufs Spiel setzt. Doch auch wenn es wieder losgeht, das Aufstehen wird schmerzhaft sein, besonders für die Tourismusindustrie und die Luftverkehrsgesellschaften, denn dieses Virus ist grenzenlos.

Finanzkrise, Griechenland-Krise, Euro-Krise, Flüchtlingskrise, Krim-Krise. Kann man den Eindruck haben, dass Politikern immer neue Krisen gerade recht kommen, damit sie die anderen nicht final lösen müssen?

Ich denke nicht, dass Politiker krisenhungrig sind, damit sie von anderen Krisen abgelenkt können. Politik ist ohnehin tägliches Krisenmanagement. Allerdings dürfte man in Berlin und auch in den Unternehmen froh sein, dass Greta gerade nicht Thema Nr. 1 ist. Das Klimaproblem spürt die Bevölkerung offensichtlich ohnehin nur, wenn der Sommer zu heiß ist und das Wasser zu flach steht. Die Angst vor der Klimakatastrophe und der Umweltverschmutzung ist längst nicht so ausgeprägt wie gerade bei diesem Virus, das die Menschen abstruserweise Toilettenpapier horten lässt.

Mit einer angstbesessenen Bevölkerung lässt sich leichter Krisenmanagement machen als bei allen anderen Themen, denn die Durchführungsverantwortung kann unmittelbar abgegeben werden - an die Länder, Kreise und Städte und vor allem an den einzelnen Bürger. So gesehen ist Corona eine durchaus dankbare Krise für den politischen Krisenmanager. Der Staat stellt den Rahmen, die Bürger schützen sich durch zivilen Gehorsam. Doch Vorsicht, auch hier gilt – nach Corona ist vor Corona & Co. Und in der Zwischenzeit sind auch die anderen unerledigten Krisen wieder voll da.

Sie haben in einem Interview gesagt: „Es ist schade, dass viele Menschen unsere Grundwerte offensichtlich nicht mehr zu schätzen wissen. Wenn man nicht mehr weiß, was Recht auf Würde, Recht auf Leben, Recht auf freie Meinungsäußerung und was europäische Werte bedeuten, wird diese Unkenntnis zu gesellschaftlichen Veränderungen führen, die wiederum dem Extremismus mehr Raum geben.“ Beschleunigt eine Corona-Pandemie so einen Prozess?

Ich bin froh und auch stolz in einem Deutschland zu leben, das so ganz anders ist als das Deutschland meines Vaters. Das Grundgesetz bedeutet mir unendlich viel. Deswegen bin ich immer wieder fassungslos, wie schnell Menschen jeden Alters und jeder Bildung bereit sind, unsere demokratischen Werte zu verspielen. Der Ruf nach einem starken Staat – jetzt auch in der Corona-Krise – ist durchaus berechtigt. Die Lagebeurteilung stimmte anfangs nicht. Der Gesundheitsminister hat etwa vier entscheidende Wochen verspielt, bis die Gefahr erkannt wurde. Diese verloren Zeit wird uns vielleicht Milliarden und vor allem tote Menschen kosten. Erschwerend ist, dass es in den Ländern und Gemeinden keine oder zu wenig ausgereifte Notfallplanungen gibt, die gezogen werden könnten. Viel zu viel ist neu und muss jetzt im Eiltempo erarbeitet werden.

Nunmehr erleben wir Ausgangsbeschränkungen, ein Kontakt- und Versammlungsverbot. Das sind massive Einschnitte in die Grundrechte, wie sie sich Extremisten nicht besser wünschen könnten. Wieder einmal stehen wir vor der Frage, wieviel Einschränkung der Grundrechte uns

der Schutz des Bürgers wert ist. Bisher beschränkte sich die Frage auf die Innere Sicherheit, nunmehr auf die Gesundheit der Bürger.

In außergewöhnlichen Lagen sind auch einschneidende Grundrechtseingriffe legitim. Doch auch in der Corona-Krise dürfen wir nicht so überziehen, dass der Rechtsstaat aus den Angeln gehoben wird, weder für eine kurze Zeit und schon gar nicht dauerhaft. Wir müssen aufpassen, dass alte Wünsche, wie die Auswertung von Handydaten, in der Corona-Krise nicht zu einer schleichenden Verringerung des Grundrechtsschutzes führen. Deswegen bin ich gegen die Auswertung des Bewegungsprofils. Der gesundheitliche Erkenntnisgewinn ist bei einer Masseninfektion von Millionen Menschen ohnehin obsolet.

Können Sie sich vorstellen, dass es irgendwo in der Welt Kräfte gibt, die über die derzeitige Situation gar nicht einmal so unglücklich sind?

In jeder Krise gibt es neben den Verlierern auch Gewinner. Während die meisten Unternehmen brach liegen arbeiten andere auf Hochtouren, um Schutzausrüstung, Glasbarrieren, Beatmungsgeräte, Videokonferenz-Software oder Heim-Trainer bereitzustellen. Doch das ist ein vernachlässigbarer Teil des gesamtwirtschaftlichen Ertrages.

Der wirkliche Gewinner in dieser Krise ist China, das Land in dem die Pandemie startete. Europa ist der Verlierer. Wenn wir - und nach Europa wohl auch die USA - dabei sind, die Maschinen langsam wieder hoch zu fahren, ist China längst im Vollbeschäftigten-Modus. Die Welt wird mehr denn je auf Importe aus China angewiesen sein, während die deutschen Exporte niederliegen. Der lange Arm chinesischer Investoren in deutsche Betriebe wird vielfach der einzigen Rettungsanker für das Überleben sein. Es bleibt abzuwarten, wieviel Potential in der deutschen Wirtschaft noch steckt, um die mehrheitliche Eigenständigkeit zu erhalten. Die Zeituhr für den *point of no return* für die deutsche Wirtschaft tickt. Verpassen wir das rechtzeitige Wiederhochfahren, könnte das eintreten, was Reitzle eine „tektonische Plattenverschiebung im weltweiten Kräfteverhältnis“ bezeichnet.

Sie sehen in den weltweiten religiösen Auseinandersetzungen bisher das größte Gefahrenpotenzial für die Welt-Zukunft. Ändert sich so etwas durch eine Pandemie oder verstärkt es lediglich die Folgen?

Pandemien kommen und gehen. Religionen bleiben. Die größte Gefahr für den Weltfrieden ist für mich unverändert der religiös begründete Machtmissbrauch. Dazu gehört inzwischen auch, dass Corona instrumentalisiert wird. Der Vatikan hat für an Corona erkrankte Katholiken die Regeln zur Erlassung von Sünden erleichtert - sie müssen an einer Reihe von Online übertragenen Gottesdiensten oder anderen Andachtsformen teilnehmen. Prediger verbreiten die Botschaft, dass der Glaube stärker als das Virus sei. Überall auf der Welt stecken sich Menschen in dichtgedrängten Gotteshäusern an. Dummheit schützt vor Krankheit nicht. Ich bin gegen jeglichen Extremismus, auch nicht im Namen des Glaubens.

Sie arbeiten heute auch ehrenamtlich als Notfall-Seelsorger. Kommt auf die Kirchen, oder sagen wir besser auf den Glauben, in diesen Zeiten eine besondere Herausforderung, aber eben auch eine andere Verantwortung zu?

Glauben ist etwas sehr Individuelles. Wenn wir Notfallseelsorger mit einem erkrankten Menschen oder mit einem Angehörigen eines erkrankten oder verstorbenen Menschen zu tun haben, dann kann der Betreute sich glücklich schätzen, der glauben kann. Kirchen sind aktuell in einer steilen Lernphase. Sowohl die amtlichen Seelsorger (der ich nicht bin) wie auch die

Kirchgänger machen eine völlig neue Erfahrung. Kann man vor leerem Gotteshaus in eine Kamera beten? Muss man im Gotteshaus sein, um einen Gottesdienst zu erleben? Wie wird die Kollekte kompensiert werden?

Für mich als Notfallseelsorger der Straße stellen sich ganz andere Fragen. Pandemie bedeutet auch eingesperrt zu sein. Was passiert jetzt im häuslichen Bereich, in dem Gewalt gegen Frauen und Kinder schon vor der Pandemie ein Thema war? Es heißt, von der Europarats-Generalsekretärin Pejcinovic Buric, dass Kinder und Frauen derzeit in den eigenen vier Wänden einem höheren Missbrauchsrisiko ausgesetzt seien. Sofortnachrichten im Internet an entsprechende Hilfsorganisationen in ganz Europa hätten zugenommen. Ich mag mir nicht vorstellen, was jetzt in vielen vier Wänden passiert. Doch die Notfallseelsorger werden es möglicherweise bei der nächsten psychosozialen Intervention erfahren. Also machen auch sie weiter. Wir arbeiten derzeit unter Bedingungen wie alle Rettungskräfte und so gut es geht, um das Ansteckungsrisiko so gering wie möglich zu halten. Die verwundete Seele nimmt auf Pandemie keine Rücksicht.

Natürlich kann die Schlussfrage nur lauten: Wie würde in schmalen Worten Jörg Trauboth die Corona-Krise managen?

Kein Krisenmanagement ohne funktionierende Organisation. Ich sehe im Bundeskanzleramt einen *Nationalen Pandemie-Krisenmanager* und einen Krisenstab mit diesen Funktionen: Kommunikation, Gesundheit, Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Soziales, Innere Sicherheit. Diese Funktionen werden von Fach- Arbeitsbereichen aus den Ressorts unterstützt. Der Krisenmanager ist ein krisenerprobter Generalist mit interministeriellen Befugnissen und bundesweiten Durchgriffsmöglichkeiten. Seine Entscheidungsvorlagen gehen über den Chef Bundeskanzleramt direkt an die Bundeskanzlerin, die allein dem Krisenmanager Weisungen erteilen kann. Der Nationale Pandemie Krisenmanager erarbeitet den Verhaltensfahrplan für die Menschen im Land. Der Nationale Kommunikator informiert regelmäßig die Medien über Fallzahlen, Maßnahmen und Prognosen. Ziel des Krisenmanagements: 1. Lageangepasstes Verhalten der Menschen in Deutschland. 2. Führung und transparente Information aus einer Hand und 3. Vertrauen durch Kompetenz schaffen.

Die Funktionen im Krisenstab sind so besetzt, so dass mindestens im 2-Schicht-Betrieb rund um die Uhr gearbeitet werden kann.

Nach der Krise wird der Krisenmanager einen Vorschlag erarbeiten, wie zukünftig bei Themen von nationalem Interesse (Terrorismus/ Pandemie/ Erziehung und Bildung) weniger Föderalismus und mehr Staat verwirklicht werden kann.

Vermutlich werden die Ressorts diesen Vorschlag als Aushebelung verstehen und nicht begeistert sein. Doch die Frage war ja, wie ich die Krise managen würde.

Ich fürchte nur, diese Chance für effektives Krisenmanagement ist bereits vertan. Aber vielleicht stellt sich der Staat nachdem wir die Corona-Krise gemeinsam durchgestanden haben den „Lessons Learned.“

Oder werden wir danach doch wieder zur Arbeit eilen, in den Urlaub fahren und unserem Egoismus frönen als wäre nichts gewesen?

www.trauboth-autor.de

1. April 2020